



Bernd Rother

# »WILLY BRANDT MUSS KANZLER BLEIBEN!«

*Die Massenproteste gegen  
das Misstrauensvotum 1972*

*Willy Brandt -  
Studien und Dokumente*



## **Über das Buch**

Ende April 1972 versuchten CDU und CSU, Bundeskanzler Willy Brandt durch ein konstruktives Misstrauensvotum zu stürzen und damit die Ratifizierung der Ostverträge zu verhindern. Dagegen streikten und demonstrierten 400.000 Menschen. Die Aktionen entstanden von unten, waren weder vom DGB noch von der SPD organisiert. Die größten Proteste ereigneten sich im Ruhrgebiet, aber sie erfassten die ganze Bundesrepublik, von Flensburg bis München - insbesondere die Industriearbeiter. Während der Abstimmung stand die Republik still. Brandts Sieg bei dem Votum im Bonner Bundestag am 27. April wurde spontan gefeiert. Das Buch rekonstruiert erstmals die heute vergessenen Streiks und Demonstrationen, die eine der größten Protestwellen in der Geschichte der Bundesrepublik waren, und analysiert die Formen und Inhalte der Aktionen.

## **Vita**

Bernd Rother, Dr. phil., war 1999-2020 wissenschaftlicher Mitarbeiter der Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung.

# Inhalt

Vorwort

Einleitung

Forschungsstand

Fragen

Quellen

Der Rahmen

Barzel gegen Brandt – Die Vorgänge in Bonn

Vorbilder? Politische Streiks vor 1972

Die Septemberstreiks 1969

Ein Angriff auf die parlamentarische Demokratie?

Was sagt das Streikrecht?

Wenig Dissens unter den Zeitungskommentatoren

Die Haltung der Gewerkschaften und der SPD

Der Bundestag debattiert die Proteste

Die Meinung der Bürger zu den Streiks

Die Ereignisse

Eine Welle der Empörung – Demonstrationen und Streiks in der ganzen Republik

Die SPD: Vom Sturm überrascht

Was geschah wo?

Nordrhein-Westfalen

Das Ruhrgebiet in Aufruhr

Essen

Dortmund

Duisburg, Bochum, Gelsenkirchen

Oberhausen

Rheinland

Köln

Bonn

Bergisches Land

Ostwestfalen

Hessen

Bayern

Baden-Württemberg

Niedersachsen

Schleswig-Holstein

Berlin, Hamburg, Bremen

Berlin

Hamburg

Bremen

Saarland

Bilanz: Wie viele Menschen protestierten?

Hochspannung, Siegesfeiern und dann

Ernüchterung

Die Auseinandersetzung im Bundestag

Die Republik hält den Atem an

Das »Wunder von Bonn«

Siegesfeiern

Was wäre gewesen, wenn?

Und nun?

## Die Analyse

### Strukturmerkmale der Proteste – Eine Synthese

Regionale Verteilung der Proteste

Parteistärke und Protestintensität

Welche Branchen stechen hervor?

Ein Blick auf die Konzerne

Streikten alle?

Streiks von Schülern und Studenten?

### Die Proteste unter dem Mikroskop – Eine Analyse

Wie kam es zu den Streiks?

Der Faktor Zeit

Und wer rief zu den Demonstrationen auf?

Eine Bewegung ohne Führungsfiguren und für den Status quo

Aktionsrepertoires

Eine besonders heikle Frage: Generalstreik?

Wofür und wogegen wird gestreikt und demonstriert?

Rekonstruktion der Arbeiterklasse?

Fazit: Das waren die Proteste

### Vernachlässigte Arbeit und rote Kleider – Symbolische Aktionen

Beinahe-Streiks

Die Phantasie kennt keine Grenzen...

Eine Flut von Zuschriften

Überraschende Unterstützer

Nebenwirkungen

Resümee

### Von den April-Streiks zum Triumph im November

# Der Ort der Proteste in der Geschichte der Bundesrepublik

Dank

Anhang

Abkürzungen

Quellen und Literatur

Archive

Internetdatenbanken

Zeitungen und Zeitschriften

Publizierte Quellen, Erinnerungen

Darstellungen

Personenregister

Ortsregister

Bernd Rother

**»Willy Brandt muss Kanzler  
bleiben!«**

**Die Massenproteste gegen das  
Misstrauensvotum 1972**

Campus Verlag Frankfurt /  
New York

# Vorwort

Bücher haben ihre Geschichte, so auch dieses. Seit Jahrzehnten habe ich den Gedanken mit mir herumgetragen, »irgendwann« die Ereignisse des 27. April 1972 und der Tage zuvor, die Proteste gegen den Versuch, Willy Brandt per Konstruktivem Misstrauensvotum zu stürzen, aufzuarbeiten. Was die diversen Bestechungsversuche angeht, haben das andere bereits erledigt. Aber dieser Teil der Geschichte hat mich nie sonderlich interessiert. Mir ging und geht es um die Vielzahl von Arbeitsniederlegungen, Kundgebungen und Demonstrationen, mit denen Hunderttausende ihre Ablehnung des Misstrauensantrags der CDU/CSU-Fraktion zum Ausdruck brachten (zur Unterstützung der Union ging niemand auf die Straße). Keiner hat sich bisher berufen gefühlt, das aufzuschreiben.

Wie dieser lange Vormittag am Donnerstag, dem 27. April 1972, ablief, habe ich bis heute nicht vergessen. In Lüneburg, wo ich das Gymnasium besuchte, blieb es ruhig. Kein Betrieb streikte, niemand rief zu einer Kundgebung auf. Aber das Interesse an den Vorgängen in Bonn war riesig. Als wir Schüler der Oberstufe erfuhren, dass unser Direktor (ein Mitglied der SPD, wohl das erste an der Spitze des altehrwürdigen Johanneums) zwar im Mai, wenn die Bundestagsdebatte über die Ostverträge anstand, ein Fernsehgerät in die Aula stellen wollte, aber nicht an diesem Tag der Abstimmung über den Misstrauensantrag, blieben wir nach der ersten großen Pause aus Protest auf dem Schulhof. Wenig später saßen wir in der Aula und schauten die Übertragung. Insgeheim hoffte ich auf einen Sieg von Willy Brandt. Seiner Partei gehörte ich seit einem

Jahr an. Doch die Chancen für den Kanzler standen schlecht, und so schlug ich das Angebot des einzigen bekennenden Jungunionisten in der ganzen Oberstufe aus, um einen Kasten Bier zu wetten. Wenn er schon aller Wahrscheinlichkeit nach triumphieren würde, wollte ich nicht auch noch die Zeche bezahlen.

Die Debatte und die Auszählung zogen sich in die Länge. Um 13.40 Uhr fuhr mein Zug nach Hause nach Melbeck, aber vor dem Ergebnis wollte ich nicht aufbrechen. Im allerletzten Moment, gegen 13.15 Uhr, sprach der ARD-Kommentator von jubelnden SPD-Abgeordneten; offenbar habe Barzel verloren. Um 13.22 Uhr – so das Bundestagsprotokoll – verkündete Parlamentspräsident Kai-Uwe von Hassel die Sensation. Zum Feiern war es zu spät: Geschwind ging es zum Bahnhof, wo der Schaffner schon wartete – nicht nur auf die Abfahrt, sondern auch auf das Ergebnis, das er nun von mir erfuhr.

Fünfzig Jahre liegt dieser Tag zurück. Zu meiner großen Verwunderung hat sich in dieser langen Zeit niemand mit der damaligen Welle von Protesten befasst, obwohl doch ein Generalstreik im Raum stand, falls Willy Brandt gestürzt werden sollte. Ein Zufall? Oder war das, was 1972 geschah, nur ein ephemeres, belangloses Ereignis, der Aufarbeitung nicht wert?

# Einleitung

»Es kann sein, daß der heutige Tag der wichtigste in der Geschichte unseres Staates ist. Nicht, weil entweder Willy Brandt Kanzler bleibt oder Rainer Barzel Kanzler wird; es ist deshalb ein wichtiger Tag, weil die Bürger dieses Landes von Gefühlen aufgewühlt werden wie selten zuvor. Die einen sehen in dem Versuch der Opposition, den Bundeskanzler so zu stürzen, wie die Verfassung es erlaubt, schändlichen Verrat. Die anderen glauben, ein Weiterregieren Brandts bedeute den Untergang der Nation.«<sup>1</sup>

Eine seltsame Diskrepanz herrscht zwischen dem zeitgenössischen Empfinden, wie es dieser namentlich nicht gezeichnete, also für die Zeitung insgesamt sprechende Kommentar von Bild zum Ausdruck brachte, und dem niedrigen Stellenwert der April-Ereignisse des Jahres 1972 in der heutigen Erinnerung. Sicherlich: Spricht man Zeitzeugen auf die Proteste gegen den Misstrauensantrag an, dann wissen sie sofort, worum es ging, und häufig auch, wo sie vom Scheitern Rainer Barzels erfahren haben. Aber in der Geschichtsschreibung und in der Erinnerungskultur spielt der 27. April 1972 kaum eine Rolle. Und wenn die Rede auf ihn kommt, dann wegen des Stimmenkaufs, den vermutlich beide Seiten betrieben. Die Proteste hingegen sind weitgehend dem Vergessen anheimgefallen.

## Forschungsstand

Einen »Stand der Forschung« im engeren Sinne gibt es nicht. Zu den Berichten über Abgeordnetenbestechungen im Zusammenhang mit der Abstimmung über den Misstrauensantrag hat Andreas Grau vor wenigen Jahren alle Erkenntnisse zusammengetragen. Die Begleitumstände auf den Straßen und in den Betrieben kommen bei ihm nicht vor; sie gehörten nicht zu seinem Thema.<sup>2</sup> Einige Arbeiten zur Geschichte politischer Streiks in der Bundesrepublik Deutschland gehen eher kurz auf die Vorkommnisse vom 25.-27. April 1972 ein, die großen Überblicksdarstellungen zur Geschichte Westdeutschlands ab 1945 oder Deutschlands im 20. Jahrhundert aber gar nicht.

Arnulf Baring widmet den Protesten in seiner Darstellung über die Ära Brandt/Scheel einen einzigen Absatz; die Demonstrationen und Streiks empfand er als massiv und resümierte: »Das alles verhieß nichts Gutes, falls Barzel es schaffte.«<sup>3</sup> In Peter Merseburgers großer Lebensbeschreibung Willy Brandts reicht es nur zum Halbsatz, es sei »zu symbolischen Arbeitsniederlegungen, Demonstrationen und Kundgebungen« gekommen, um sich »mit ihm, dem von ›Heckenschützen‹ Gejagten« zu solidarisieren.<sup>4</sup> Brandt selbst schrieb in seinen »Erinnerungen« mit Blick auf die öffentlichen Reaktionen auf den Misstrauensantrag von »nicht enden wollende[n] Zeichen der Sympathie«, die ihn damals erreichten.<sup>5</sup> Rainer Barzel hob die »Erregung der Gefühle und der Gemüter – auf beiden Seiten« hervor, die alles übertroffen habe, »was ich bisher im politischen Kampf erlebt hatte.«<sup>6</sup> Die führenden Biografen Helmut Schmidts, der in seinen eigenen Erinnerungsbüchern auf die Vorgänge Ende April 1972 fast gar nicht eingeht, und Herbert Wehners

beschränken sich jeweils auf einen Halbsatz zu den Vorgängen.<sup>7</sup>

Heinrich August Winkler behandelt im zweiten Band von »Der lange Weg nach Westen« die Proteste mit einem einzigen Satz: »Vor dem Mißtrauensvotum hatten in zahlreichen Städten Demonstrationen gegen das Vorhaben der Opposition und für die sozialliberale Regierung stattgefunden; die Ablehnung des Antrags löste eine Welle von Sympathiekundgebungen für Brandt aus.« Bei Eckart Conze und Ulrich Herbert fehlt gar jegliche Erwähnung.<sup>8</sup> Am ausführlichsten behandelt Wolfgang Jäger das Thema. Im fünften Band der »Geschichte der Bundesrepublik Deutschland« fasst er die Proteste kurz und prägnant zusammen, um dann festzustellen, dass man in ihnen »eine wichtige Entwicklung des deutschen Parlamentarismus erkennen müsse. Die repräsentative Demokratie des Grundgesetzes wurde von der Mehrzahl der deutschen Bürger als plebiszitäre Parteiendemokratie verstanden.« Das freie Mandat sei von den Wählern nicht (mehr?) respektiert worden; sie hätten durch die Proteste ihren Anspruch klargemacht, nicht nur über die Zusammensetzung des Parlaments, sondern auch der Bundesregierung zu entscheiden.<sup>9</sup>

Dass selbst die Protestforschung die Demonstrationen und Streiks weitgehend ignoriert hat, überrascht doch sehr.<sup>10</sup> Nur die Streikforschung beschreibt, wenn auch nicht sehr umfangreich, das, was Ende April 1972 in den Betrieben vor sich ging. 1974 veröffentlichte Kurt Steinhaus ein Buch über »Streiks in der Bundesrepublik 1966 - 1974«. Der Soziologe war Mitarbeiter des »Instituts für marxistische Studien und Forschungen« der DKP und widmete den Protesten eine Seite.<sup>11</sup> Ausführlicher fällt seine Darstellung der Arbeitsniederlegungen in einem Aufsatz aus. Die Arbeiterklasse habe versucht, den Sturz der Regierung zu verhindern und die Ratifizierung der

Ostverträge zu sichern. »Die rechte sozialdemokratische Führung« habe jedoch »eine Ausweitung der Bewegung verhindert«. <sup>12</sup>

Steinhaus verdanken wir eine Aufzählung von Betrieben und Orten, in denen damals gestreikt wurde. Aber Angaben zur Zahl der Beteiligten fehlen weitgehend, solche zum Tag, an dem die Betriebe ruhten, und zu den Quellen für seine Auflistung gänzlich. <sup>13</sup> Meine Recherchen legen nahe, dass sich Steinhaus im Wesentlichen auf eine Auswertung der Süddeutschen Zeitung stützte. Eine weitere Quelle war für ihn Express International. Die linkssozialistische Zeitung für sozialistische Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit stand dem »Sozialistischen Büro« nahe. Mitte Mai 1972 publizierte sie eine Liste von etwas mehr als dreißig Streiks gegen das Misstrauensvotum und bat um Ergänzungen, die aber entweder nicht bei der Redaktion eintrafen oder von dieser nicht veröffentlicht wurden. <sup>14</sup>

Auf Steinhaus' Erkenntnissen baut – was die Fakten angeht – Lucy Redlers Diplomarbeit auf, die dreißig Jahre später verfasst wurde. Wie bei Steinhaus ist auch bei ihr das Interesse am Thema nicht vom politischen Engagement zu trennen: 2021 gehört die Trotzkinistin Redler dem Bundesvorstand der Partei »Die Linke« an. Sie betont, es habe sich um »politische Abwehrstreiks gegen den Misstrauensvotumsantrag und zur Unterstützung der Regierung« gehandelt. Der Kampf um die Ratifizierung der Ostverträge tritt bei ihr – verglichen mit Steinhaus – in den Hintergrund. <sup>15</sup> Hier erkennt man die unterschiedlichen politischen Positionen von Steinhaus und Redler. Übereinstimmung herrscht jedoch bei der Einschätzung von SPD und DGB, die, so Redler, »versuchten, die Bewegung wieder einzudämmen.« <sup>16</sup>

## Fragen

Mit dieser Studie über die Geschichte der Proteste gegen den Misstrauensantrag betrete ich also Neuland. Dabei geht es mir nicht um die Vorgänge im Arkanbereich der Politik, in den Hinterzimmern oder wo auch immer Geldscheine übergeben oder Versprechungen gemacht wurden. Vielmehr soll der Blick auf das gelenkt werden, was in aller Öffentlichkeit geschah und deshalb nicht im Verdacht stand, Stoff für Skandale und Nervenkitzel zu liefern. Bei näherer Betrachtung handelt es sich dennoch um eine hochemotionale Geschichte.

Was ist der Ort der Proteste in der bundesdeutschen Geschichte? Diese Frage zu beantworten ist neben der Rekonstruktion des Geschehens die Hauptaufgabe meiner Studie. Die Demonstrationen und Streiks erfolgten in einer Phase, die für viele – zeitgenössisch wie auch im Rückblick – als Zeit des Aufbruchs, der beschleunigten Veränderung in Staat und Gesellschaft gilt. Zum Aufbruch gehörte auch die Ankündigung von »mehr Demokratie« in Willy Brandts erster Regierungserklärung als Bundeskanzler am 28. Oktober 1969. Politische Partizipation erfolgt nicht nur an den Wahlurnen, sondern ist auch durch Straßendemonstrationen oder Streiks möglich, sofern es in letzteren nicht nur um veränderte Tarifregeln geht.

Was bedeuteten also die Proteste Ende April 1972 für die politische Kultur der Bundesrepublik? Waren auch sie Teil einer Fundamentaldemokratisierung der Gesellschaft? Emanzipierten sich die Aktivisten der Proteste von den Vorgaben der Parteien und Gewerkschaften oder geschah dies alles doch nur auf Geheiß der jeweiligen Vorstände? Forderten sie eine Art direkter Demokratie, entgegen der klaren Zuständigkeitszuweisung des Grundgesetzes, dass nur der Bundestag über Wahl und Abwahl des Bundeskanzlers entscheiden dürfe?

Die erste Amtszeit von Willy Brandt als Bundeskanzler war eine Zeit tiefgreifender Politisierung und starker Polarisierung der Gesellschaft. Wie reihen sich die Proteste gegen den Misstrauensantrag von CDU/CSU hier ein? Vertieften sie den Graben? Schwächten sie die demokratische Grundordnung, weil sie das verfassungsgemäße Prozedere für illegitim erklärten? Und schließlich: Waren auch sie Teil eines Generationenkonflikts, der für die Jahre ab 1967 so häufig konstatiert wird?

Angesichts des fehlenden Forschungsvorlaufs musste in einem ersten Schritt geklärt werden, wie umfangreich die Proteste waren, wo sie stattfanden und wer sich an ihnen beteiligte. Auf eine detaillierte Darstellung dessen, was republikweit geschah, folgt eine Synthese. Gesucht wird nach Verallgemeinerungsfähigem, aber auch nach dem Besonderen der Aktionen: Gab es regionale Schwerpunkte? Wie sah die Streikbereitschaft in den verschiedenen Branchen aus? Wie umfassend waren die Aktivitäten in den jeweiligen Betrieben? Nach der Synthese kommt die Analyse, die »Zergliederung« in Form einer Tiefenbohrung: Wer initiierte die Proteste? Welche Aktionsformen kamen zum Zug? Welche Parolen und welche Forderungen wurden kommuniziert? Und wie sah das Verhältnis zwischen Organisiertheit und Spontaneität der Aktivitäten aus?

Fragestellungen der Protestforschung erwiesen sich als anregend, aber häufig gaben die Quellen keine Antworten. Es gilt hier, was Dieter Rucht als Problem der Forschung so charakterisiert: »Obgleich mit vielen Protesten konfrontiert, verfügen wir doch über ein erstaunlich geringes Wissen um sie. Kaum jemand vermag verlässlich über die zeitliche, räumliche und thematische Verteilung, geschweige denn über Voraussetzungen und Wirkungen von Protest Auskunft zu geben.«<sup>17</sup> In einem Punkt werde ich von den Usancen der Protestforschung abweichen.

Philipp Gassert fasst als Konsens zusammen: »Protest muss ›sichtbar‹ oder ›hörbar‹ sein; ›unsichtbarer‹ oder ›stummer‹ Protest ist kein Protest.«<sup>18</sup> Aus Anlass des Misstrauensvotums hat es Zehntausende Briefe an das Bundeskanzleramt gegeben, in denen die Absender auch über Proteste berichteten, die nicht über ihr engeres Umfeld, den Arbeitsplatz, hinausgingen, aber doch eine Haltung zum Ausdruck brachten, die dieses engere Umfeld beeinflussten.<sup>19</sup>

## Quellen

Regionale und überregionale Zeitungen und die Druckerzeugnisse der diversen linksradikalen Gruppen – von der DKP über Trotzlisten bis zu den maoistischen Kleinstparteien – erwiesen sich als die aussagekräftigsten Quellen. Viele Periodika stehen in der Pressedokumentation des Deutschen Bundestages in nutzerfreundlicher örtlicher Konzentration zur Verfügung. Alle 121 Tageszeitungen, die es 1976 in der Bundesrepublik gab, durchzusehen, war nicht möglich.<sup>20</sup> Von ihnen habe ich etwa 30 ausgewertet. Zu bedenken ist, dass die heutige Analyse von den damaligen Entscheidungen der Redaktionen abhängt, worüber sie berichteten und worüber nicht – aus welchem Grund auch immer. Wie hoch die »Dunkelziffer« sein mag, lässt sich schwer abschätzen. Große Streiks dürften kaum übersehen worden sein, aber über kleinere Aktionen berichteten höchstens lokale Zeitungen – oder auch nicht. Geografische Nähe bedeutete nicht stets eine höhere Wahrscheinlichkeit der Berichterstattung. Von der Generalstreikforderung des Betriebsrats der Gebr.-Leitz-Werke in Oberkochen erfahren wir nicht aus einer der Stuttgarter Zeitungen, obwohl nur 80 Kilometer zwischen beiden Orten liegen. Es war die Frankfurter Allgemeine,

die diese Nachricht platzierte.<sup>21</sup> Vom Streik in der Duisburger Friedrich-Krupp-Hütte lesen wir nur in der Süddeutschen Zeitung aus München.<sup>22</sup>

Für die zweite Gruppe, die Publikationen der radikalen Linken, ist die Internetdatenbank »Materialien zur Analyse von Opposition« (MAO) eine unverzichtbare Quelle. Jürgen Schröder, einer der beiden ehrenamtlichen Betreiber der Datenbank, stellte im Herbst 2020 aus Anlass dieser Studie alle vom MAO-Projekt erfassten Dokumente zu den Protesten gegen das Misstrauensvotum zusammen.<sup>23</sup> Für diesen Dienst an der Wissenschaft gebührt ihm größter Dank. Die Sammlung von Betriebszeitungen unterschiedlicher Parteien, welche die Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung zusammengetragen hat, enthält keine Informationen über die Proteste.<sup>24</sup>

Einiges Material fand sich in den diversen Rundfunkarchiven, einschließlich des der DDR-Nachrichtensendung aktuelle kamera. Die kurzen Beiträge bleiben aber, was die Informationsfülle angeht, weit hinter den Printmedien zurück. Die Erwartung, in den im Deutschen Tagebucharchiv verwahrten Lebenszeugnissen auf Spuren der Vorgänge um das Misstrauensvotum zu stoßen, erfüllte sich nicht.

Wichtiges bleibt ungeklärt. Wer die Proteste jeweils initiiert hatte, wie sie abliefen und wie viele Menschen teilnahmen, wissen wir oft nicht. Angesichts manch summarischer Aufzählung in den Quellen lassen sich noch nicht einmal alle Aktionen verlässlich datieren.<sup>25</sup> Aufklärung hätte vielleicht das Archiv der DKP geben können, zeigte sich die Partei doch in den Protesten gegen das Misstrauensvotum äußerst aktiv. Doch leider war der Zugang wegen Reorganisationsarbeiten, deren Ende nach Auskunft der Partei nicht absehbar sei, nicht möglich. Das zeugt nicht von Interesse an einer transparenten Aufarbeitung der Geschichte.

Was die Zahl der Streikenden angeht, könnte man denken, dass die amtliche Streikstatistik wenigstens für die globalen Angaben zum Umfang der Arbeitsniederlegungen die Lücken schließen würde. Aber weit gefehlt: Die Streikstatistik war keine Hilfe, sondern erwies sich vielmehr als kapitaless Problem. Die Zählung der Streiks durch das Statistische Bundesamt führt »für das 2. Quartal [1972] nur 3 Streiks mit 2573 Teilnehmern auf.«<sup>26</sup> Grund für diese unreal niedrigere Zahl ist, dass das Bundesamt »Bagatellstreiks« nicht erfasst. Welcher Streik eine Bagatelle ist, bemisst sich an Dauer und Teilnehmerzahl. Näher erläutert dies ein internes Papier der IG Metall: »In die amtliche Statistik (Statistisches Bundesamt) werden Arbeitsniederlegungen, an denen weniger als 10 Arbeitnehmer beteiligt waren oder die weniger als 1 Tag dauerten, nicht einbezogen, es sei denn, daß dadurch insgesamt mehr als 100 Arbeitstage verloren gingen. Es können also unter Zugrundelegung eines 8-Studentages in einem Betrieb 3.168 Arbeiter 15 Minuten streiken, ohne daß dieser Streik in die Statistik eingeht, weil nur 96 Arbeitstage ausgefallen sind.«<sup>27</sup>

Um dennoch einen Überblick über alle Streikaktivitäten in ihrem Organisationsbereich zu gewinnen, erhob die IG Metall seit 1968 auf eigene Faust über ihre Verwaltungsstellen spontane, nicht von ihr ausgerufene Arbeitsniederlegungen, die unterhalb der Kriterien des Statistischen Bundesamts lagen. Die Berichte liegen heutzutage im Archiv der Gewerkschaft. Doch auch diese Quelle half bei den Recherchen nicht weiter. Die Streiks im Zusammenhang mit dem Misstrauensvotum waren nicht in die Aufstellung eingegangen. Warum dies so ist, ist unbekannt. Es gibt keinen plausiblen Grund dafür, aber das Faktum selbst ist eindeutig. Auch von Seiten des DGB oder des SPD-Parteivorstands wurde keine Übersicht über die Protestaktionen erstellt. In den Akten des

Gewerkschaftsdachverbands, der Einzelgewerkschaften und der Partei haben die Streiks nur rudimentäre Spuren hinterlassen.

Die Datensammlung von Hasso Spode et al. erfasst ebenfalls die Streiks der letzten April-Woche 1972 nicht oder nur zu geringen Teilen. Zwei Tabellen dort geben Vierjahressummen für politisch motivierte Arbeitsniederlegungen, unterschieden nach gewerkschaftlich und nichtgewerkschaftlich organisiert. Demzufolge kam es 1969 - 1972 in 117 Fällen zu derartigen Streiks mit insgesamt 157.370 Beteiligten; nur in zwei Betrieben mit 50 Teilnehmern war dies gewerkschaftlich organisiert. Leider fehlt es aber an einer genaueren Aufschlüsselung.<sup>28</sup>

# **Der Rahmen**

# **Barzel gegen Brandt - Die Vorgänge in Bonn**

Die Mehrheit der sozial-liberalen Koalition im Bundestag war von Anfang an wackelig. 254 Abgeordnete gehörten nach dem 28. September 1969 der SPD oder der FDP an, 242 der CDU/CSU-Fraktion. Bei der Wahl des Bundeskanzlers stellte sich diese Zwölfstimmenmehrheit allerdings nicht ein: Willy Brandt erhielt nur 251 von 495 abgegebenen Stimmen, zwei mehr als die erforderliche absolute Mehrheit. Mindestens drei Koalitionsabgeordnete hatten ihm die Unterstützung verweigert. Vermutlich handelte es sich um Erich Mende, Heinz Starke und Siegfried Zoglmann. Die drei bisherigen FDP-Abgeordneten traten im Oktober 1970 zur CDU über. Der Parteiwechsel von Klaus-Peter Schulz zwölf Monate darauf, von der SPD zur CDU, schmerzte nur symbolisch; als Berliner Abgeordneter hatte er außer in Geschäftsordnungsfragen kein Stimmrecht. Anders bei Herbert Hupka: Er verließ Ende Januar 1972 die Sozialdemokraten; auch sein Ziel war die CDU. Vier Stimmen Vorsprung blieben der Regierung: 250 gegen 246 hieß die neue, äußerst knappe Mehrheit.

Damit nicht genug: Es mehrten sich die Befürchtungen, auch die Abgeordneten Gerhard Kienbaum, Knut von Kühlmann-Stumm und Wilhelm Helms (alle FDP) sowie Günther Müller (SPD) könnten ebenfalls übertreten, teils wegen Bedenken gegen den Kurs in der Ostpolitik, teils auch wegen Kritik an der Gesellschaftspolitik der Koalition.

Die Fraktionswechsel unter Mitnahme des Mandates waren heftig umstritten; sie waren eines von vielen Signalen einer zunehmenden innenpolitischen

Polarisierung. Sozial-Liberale einerseits, Christdemokraten andererseits verfestigten sich zu Lagern, die sich immer unversöhnlicher gegenüberstanden. Die einen sahen den Kommunismus auf dem Vormarsch, die anderen fühlten sich an die letzten Jahre der Weimarer Republik erinnert. Als Franz Josef Strauß am 26. April 1972 in der Debatte über den Bundeshaushalt die Bundesregierung als Volksfront – also ein Bündnis von Linksliberalen, Sozialdemokraten und Kommunisten – attackierte, replizierte der wahrlich nicht weit links stehende Wirtschaftsminister Karl Schiller in unerwarteter Schärfe: »[M]it dem, was Sie morgen früh zur Wahl und zur Abstimmung stellen [er meinte den Misstrauensantrag], steht auch zur Wahl, ob diese Bundesrepublik Deutschland sich auf dem direkten Marsch in die Harzburger Front befindet.« Der Wortwechsel führte zu einem »Tumult« im Plenarsaal.<sup>29</sup> Beide Seiten griffen in ihrer Rhetorik auf Konfliktlinien der Dreißigerjahre zurück und beschworen die Gespenster des Totalitarismus. Eine Begleiterscheinung der Polarisierung war die durchgreifende Politisierung der Gesellschaft. Die Mitgliederzahlen der Parteien wuchsen deutlich.

Das wichtigste Vorhaben der Regierung Brandt/Scheel, die Ostpolitik, stand zwar unter scharfer Kritik seitens der Unionsparteien, fand aber in der Wahlbevölkerung enormen Rückhalt. Im September 1970, als der Moskauer Vertrag bereits unterzeichnet und der mit Polen weit gediehen war, erklärten in einer Umfrage des Allensbach-Instituts 69 % der Befragten, die Ostpolitik der Bundesregierung sei ein wichtiger Beitrag zur Entspannung in Europa, nur 10 % widersprachen.<sup>30</sup> An den Wahlurnen zahlte sich das aber kaum aus. Bei den Landtagswahlen dieses Jahres in Bayern, Hamburg, Hessen und Nordrhein-Westfalen verlor die SPD, im Saarland stagnierte sie; nur in Niedersachsen gewann sie leicht

hinzu und errang eine knappe absolute Mehrheit der Mandate. Ähnlich sah es bei den Liberalen aus. Offenbar beeinflussten andere Themen die Wahlentscheidung stärker als die Ostpolitik. CDU/CSU profitierten landesweit vom Niedergang der NPD. Auch in den Bundesländern, die 1971 ihre Parlamente neu bestimmten, gingen die Wahlen nicht grundsätzlich anders aus. Nur in Bremen und in geringerem Ausmaß in Rheinland-Pfalz reüssierten die Sozialdemokraten, im Gegensatz zur erneut gebeutelten FDP.

Den durchwachsenen Ergebnissen an den Wahlen entsprachen die Umfragewerte zur Zufriedenheit mit der Politik der Bundesregierung. Zwar waren im März 1972 nur 26 % der Befragten nicht mit der Linie der Koalition einverstanden, aber noch mehr, nämlich 27 %, waren unentschieden, was sie von der Regierung Brandt/Scheel halten sollten.<sup>31</sup> Der Bundeskanzler hatte hingegen seine Popularität seit Amtsantritt steigern können. Im Oktober 1969 besaßen 56 % der Befragten eine »gute Meinung« von ihm. Im November 1970 lag dieser Wert bei 60 %, im März 1971 bei 63 %.<sup>32</sup>

Für die Opposition im Bund war dies eine schwer zu interpretierende Lage: große Zustimmung zu einem Teilbereich des Regierungshandelns, deutlich weniger Rückhalt für die Gesamtheit der Regierungspolitik, aber hohe Sympathiewerte für den Kanzler. Was die Union am meisten fürchtete, waren Neuwahlen ohne vorherigen Regierungswechsel. Mit dem Regierungsapparat im Rücken, getragen von einer breiten Zustimmung zur Ostpolitik und zum Bundeskanzler als Person, schien die Koalition kaum überwindbar zu sein.

Daher tauchte Anfang 1972 in der öffentlichen Debatte das noch nie genutzte Instrument eines Konstruktiven Misstrauensvotums auf. Hätte es Erfolg, so das Kalkül, könnte Rainer Barzel eine Überarbeitung der Ostverträge

aushandeln und dann vorgezogene Neuwahlen anberaumen – nicht mehr gegen einen Kanzler Brandt, sondern gegen einen geschlagenen Oppositionsführer Brandt. Aber wie würde die Öffentlichkeit auf das Misstrauensvotum reagieren? Das war erkennbar die Achillesferse des Vorhabens. Peter Radunski, in dieser Zeit Büroleiter des CDU-Schatzmeisters Walther Leisler Kiep, bemerkte zu seinem Chef, »den populären Willy Brandt zu stürzen zu versuchen wäre ähnlich, ›als wolle man ankündigen, man habe vor, Mutti zu verhauen.«<sup>33</sup>

Am 10. März 1972 ließ Rainer Barzel auf einer Pressekonferenz noch offen, ob seine Fraktion das Wagnis auf sich nehmen werde.<sup>34</sup> Eine Woche später befasste sich die SPD-Fraktion kurz mit der Eventualität. Ihr Vorsitzender, Herbert Wehner, bezog sich auf Äußerungen Barzels in einem Kreis von Journalisten, »das konstruktive Mißtrauensvotum bei der 2. und 3. Lesung des Haushaltsplanes [also im April oder Mai] stellen zu lassen. Dafür sei er sich acht Stimmen der Koalition gewiß. Bemerkenswert sei an dem Mißtrauensvotum, daß es erst nach der Wahl in Baden-Württemberg gestellt wird.« Willy Brandt kommentierte vor der Fraktion lakonisch: »Wenn die Opposition ein konstruktives Mißtrauensvotum will, dann soll sie es stellen.«<sup>35</sup>

Am 19. März berichtete der Spiegel, vor sieben Tagen habe das CDU-Präsidium beschlossen, nach der Landtagswahl in Baden-Württemberg mit einem Misstrauensantrag »einem Neuwahlbegehren des Kanzlers« zuvorzukommen. Einen Wahlkampf über die Ostverträge wolle die Union tunlichst vermeiden, weil sie ein Plebiszit nur über diese Frage befürchtete, mit schlechten Karten für ihre eigene Position. Zudem erwarte sie bei der Wahl im Südwesten am 23. April einen »Triumph für die CDU«.<sup>36</sup> Willy Brandt hielt es intern nicht für ausgemacht, dass der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende

diesen Schritt wagen würde. Vor seinem Osterurlaub schrieb er am 26. März an Vizekanzler Scheel: »Freund B[arzel] scheint wegen eines Misstrauensvotums sehr zu zögern, denn er muss ja damit rechnen, dass ihn einige der eigenen hereinlegen könnten.«<sup>37</sup> Über ein Vierteljahrhundert später zitierte Brandt in seinen »Erinnerungen« diesen Satz und ergänzte: »Eine innere Stimme signalisierte mir, ohne bestimmte Hinweise und trotz Scheels Pessimismus, daß Barzel kein Erfolg beschieden sein würde.«<sup>38</sup>

Am 3. April 1972 hatten sich die Gerüchte und Berichte so weit verdichtet, dass Bundestagspräsident Kai-Uwe von Hassel ankündigte, der Ältestenrat des Parlamentes werde sich mit dem Verfahren eines Misstrauensantrages befassen.<sup>39</sup> Die SPD mobilisierte in diesen Wochen ihre Anhänger für die Ratifizierung der Ostverträge. Eine Kundgebung am 22. April in der Dortmunder Westfalenhalle machte der Partei Mut. »Rund 12.000 Besucher füllten das weite Oval der Westfalenhalle, darunter mehr Frauen, als sonst bei politischen Veranstaltungen zu finden sind.« Herbert Wehners Rede »löste [...] ein politisches Bekenntnis der Tausende aus, wie es die Westfalenhalle selten erlebt hat.«<sup>40</sup>

Derartige Veranstaltungen verstärkten bei der Union die Angst vor einer Neuwahl ohne vorherigen Kanzlerwechsel. Schon vor der Wahl in Baden-Württemberg plädierte der CSU-Vorsitzende, Franz Josef Strauß, für einen Misstrauensantrag - unabhängig vom Ergebnis des Urnenganges. Aber nicht nur der Bundeskanzler vermutete »Heckenschützen« in Barzels Fraktion. Die Süddeutsche Zeitung vermeldete Strauß' Vorstoß mit dem Zusatz, Stimmen in der CDU schlössen nicht aus, »daß einige Abgeordnete, etwa der CSU, Rainer Barzel die Stimme verweigern, um seiner Kanzlerkandidatur zu schaden.«<sup>41</sup>

Kurz vor der Schließung der Wahllokale im Südwesten erklärte der FDP-Abgeordnete Wilhelm Helms seinen Parteiaustritt. Auch das stärkte die Befürworter eines Misstrauensantrags, noch mehr aber wirkte das Votum der Wählerschaft. Mit 52,9 % verzeichnete die CDU ein Plus von 8,7 Punkten. Ein großer Teil dürfte von Wählern gestammt haben, die vier Jahre zuvor die NPD gewählt hatten. Damals hatte die rechtsextreme Partei 9,8 % der Stimmen erhalten. Auch die SPD gewann 1972 stark hinzu: 8,6 Punkte (nun: 37,5 %). Da aber die FDP in ihrem Stammland um 5,5 Punkte abstürzte (Ergebnis: 8,9 %), beherrschte der Erfolg der Opposition im Bund die Schlagzeilen des nächsten Tages. Erneut hatte die populäre Ostpolitik die Bonner Koalition an den Wahlurnen nicht entscheidend vorgebracht.<sup>42</sup> Schlimmer noch: Nun endete in Baden-Württemberg die Große Koalition und die CDU konnte fortan alleine regieren. Damit eroberte die Union die Mehrheit im Bundesrat. Erst 1990 kehrten sich in der Ländervertretung die Machtverhältnisse wieder um.

Das Ergebnis vom 23. April ließ CDU und CSU eigentlich keine Wahl mehr, sollte ihr weiterhin Bereitschaft und Wille zur Übernahme der Regierung zugebilligt werden. »Wenn man bedenkt, wie sehr gerade die Landtagswahlen in der ersten sozial-liberalen Legislaturperiode unter bundespolitischen Vorzeichen geführt wurden, so mußte dieser letzte Triumph der Union zusammen mit dem gleichzeitigen Mehrheitsumschwung im Bundestag [!] für die Opposition geradezu wie ein Fanal wirken.«<sup>43</sup>

In der Nacht vom Sonntag auf den Montag drängte Franz Josef Strauß den CDU-Vorsitzenden zur Tat. Das CDU-Präsidium fasste am Montagmorgen den entsprechenden Beschluss. In der Sitzung des Bundesvorstands der Partei in der Mittagszeit des 24. April gab es eine Aussprache dazu, aber keine Abstimmung.<sup>44</sup> Dies blieb der gemeinsamen Fraktion von CDU und CSU vorbehalten.

Deren Vorstand billigte den Antrag auf ein Misstrauensvotum einstimmig.<sup>45</sup> In der Gesamtfraktion gab es am Abend zwar einige Bedenken, aber auch hier stand am Ende Einstimmigkeit.<sup>46</sup> Ein einziger Abgeordneter enthielt sich der Stimme: Rainer Barzel! Die Presse erfuhr nichts davon.<sup>47</sup> »Die Antragsannahmestelle des Bundestages machte anschließend Überstunden; kurz nach 22 Uhr lag als [!] Drucksache VI/3380 hektographiert in den Fächern aller Abgeordneten.«<sup>48</sup>

Der Antrag lautete: »Der Bundestag möge beschließen: Der Bundestag spricht Bundeskanzler Willy Brandt das Mißtrauen aus und wählt als seinen Nachfolger den Abgeordneten Dr. Rainer Barzel zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland. Der Bundespräsident wird ersucht, Bundeskanzler Willy Brandt zu entlassen.« Zum ersten Mal kam damit der Artikel 67 des Grundgesetzes zur Anwendung. Bisherige Kanzlerwechsel während der Legislaturperiode (1963 von Adenauer zu Erhard, 1966 von diesem zu Kiesinger) waren de facto innerhalb der CDU/CSU-Fraktion entschieden worden.

Bundeskanzler Brandt reagierte mit einer Erklärung: »Ich sehe der Entscheidung mit Gelassenheit entgegen. [...] Die CDU setzt offensichtlich auf Abgeordnete, die sich nicht an den Wählerauftrag gebunden fühlen.«<sup>49</sup> Damit traf er die Stimmung einer Mehrheit der Bevölkerung: Eine »Blitzumfrage« des auf diese Methode spezialisierten Wickert-Instituts ergab am 25. April, dass sich 58 % der Wahlberechtigten »gegen das Vorgehen der Unionsparteien aussprachen«.<sup>50</sup> Peter Radunski hatte mit seinem Kommentar gegenüber Walther Leisler Kiep richtig gelegen.

Eine der ersten Reaktionen auf den Beschluss der Union kam von Bonner Regierungsbeamten. Der Spiegel berichtete Mitte Mai: »Und in Helmut Schmidts Verteidigungsministerium wie auch im Auswärtigen Amt